



Interessengemeinschaft der
Thermischen Abfallbehandlungsanlagen
in Deutschland e.V.

ITAD e.V. | Martinstraße 21 | 97070 Würzburg

EUROPÄISCHE
KOMMISSION

ITAD e.V.

Martinstraße 21
97070 Würzburg

Tel +49 (0)931 200 90 6 - 0
Fax +49 (0)931 200 90 6 - 15

www.itad.de
info@itad.de

Vorstandsvorsitz: Ferdinand Kleppmann
Geschäftsführung: Carsten Spohn

VR Würzburg 2016
Steuer-Nr.: 257 / 109 / 20 292

Würzburg, den 7. Juni 2013

Stellungnahme zum Grünbuch vom 7.3.2013 zu einer europäischen Strategie für Kunststoffabfälle in der Umwelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

ITAD e.V. ist die Interessengemeinschaft der Betreiber und Eigentümer thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland. Insgesamt betreiben diese Unternehmen 78 Anlagen und sind damit ein wichtiger Bestandteil der Abfallbehandlungskette in Deutschland.

Mit thermischer Abfallbehandlungstechnik werden in Deutschland etwa 7,7 TWh Strom pro Jahr, 5,1 TWh Prozessdampf zur Stromerzeugung und 9 TWh Wärme erzeugt. Dies führt zu einer Entlastung des Primärenergieverbrauchs in Deutschland. Etwa 0,8 % der Bruttostromerzeugung erfolgt über die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen und nicht über den Verbrauch von fossilen Brennstoffen. Darüber hinaus werden mit der thermischen Abfallbehandlungstechnik Metalle aus den Schlacken zurückgewonnen.

Die thermische Behandlung von Kunststoffabfällen ist ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Umweltbelastung durch die private wie gewerbliche Verwendung von Kunststoffen, und ergänzt das stoffliche Recycling dort wo es keine ökologischen Vorteile bringt, nicht möglich ist, oder der Ausschleusung von Schadstoffen Vorrang eingeräumt werden muss. Dies ist beispielsweise bei mit Schwermetallen wie Blei oder bromierten Flammschutzhemmern versetzten Kunststoffprodukten der Fall.

Die ITAD begrüßt die im Grünbuch dargestellte Absicht der Europäischen Kommission, die Abfallgesetzgebung einer kritischen Prüfung und ggf. einer erforderlichen Anpassung zu unterziehen. In Bezug auf die im Grünbuch gestellten relevanten Fragen nimmt die ITAD die folgende Position ein.

Das Grünbuch macht die Notwendigkeit deutlich, das gesetzliche Rahmenwerk auf europäischer Ebene einheitlich und umfassend anzuwenden um damit die aus Kunststoffabfall resultierenden Gefahren und Mengen zu minimieren. Aus Sicht der ITAD sollte jedoch das in Bezug auf Kunststoffabfälle bestehende Regelwerk kritisch überprüft werden.

Der Fokus sollte darauf gerichtet sein, umfassende, auf qualitativ hochwertiges Recycling ausgerichtete Ziele zu definieren, die sowohl ökologische als auch ökonomische Ziele berücksichtigen.

So besteht ein allgemeiner Konsens darin, das Recycling von Kunststoffen zu intensivieren, dies nicht nur unter dem Aspekt der verringerten Belastung der Umwelt, sondern auch um positive Effekte bei Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum der betroffenen Industrie auszulösen. Im Hinblick auf diese Ziele sollten die Rahmenbedingungen und Zielsetzungen der Behandlung von Kunststoffabfällen entsprechend angepasst werden. Maßnahmen sollten aber für alle Betroffenen wirtschaftlich akzeptabel sein.

Bei der Gestaltung von Maßnahmen zur Förderung des Recyclings von Kunststoffabfällen sollten die Kapazitäten für getrennte Sammlung und Recycling innerhalb Europas berücksichtigt werden. Es ist nicht im Interesse der Europäischen Union, Vorgaben für getrennte Sammlung und Recycling von Kunststoffabfällen zu implementieren, die dann wegen unzureichender Kapazitäten zu Exporten in Drittländer führen, in denen die Behandlungsbedingungen nicht europäischen Umwelt- und Sozialstandards entsprechen. In solchen Fällen würden die Bürger Deutschlands bzw. der Europäischen Union die finanziellen Lasten tragen, ohne dass neue Arbeitsplätze innerhalb der Union entstehen. Unter dem Aspekt unzureichender Recycling-Kapazitäten wäre es sinnvoller, die betreffenden Kunststoffabfälle energetisch zu verwerten und damit einen Beitrag zur Reduzierung des Primärenergieverbrauchs und der Abhängigkeit von Importen fossiler Brennstoffe zu leisten.

Im Grünbuch wird die Reduzierung der in Europa immer noch praktizierten Deponierung von Kunststoffabfällen als Gegenstand einer umfassenden Anwendung der bestehenden Abfallbehandlungsregelungen genannt. Dieser Aspekt wird aus Sicht der ITAD von dem vorhandenen Regelwerk bereits zum Teil abgedeckt. Die vorhandenen Regelungen bezüglich des Abbaus respektive des Verbotes der Deponierung müssten lediglich konsequent umgesetzt und gegebenenfalls erweitert werden.

Es ist grundsätzliches Ziel, die Deponierung von Kunststoffabfällen weiter zu verringern, sei es über ein Verbot der Deponierung oder über eine Anhebung der Deponiesteuern und Vorgabe von Vermeidungszielen. Die ITAD vertritt die Ansicht, dass Deponieverboten der Vorrang eingeräumt werden sollte.

Das Grünbuch stellt eine weitere Höherstufung von stofflichem Kunststoffrecycling in der Abfallhierarchie zur Diskussion, was zu einer

generellen Bevorzugung des Recyclings gegenüber der thermischen Behandlung führen würde. Als Möglichkeit hierzu wird die Einführung einer Steuer auf die energetische Verwertung genannt. Die ITAD sieht eine solche Steuer nicht als sinnvoll und zieladäquat an. Die hocheffiziente thermische Behandlung von Kunststoffabfällen ist ein geeigneter Weg zur Wiedergewinnung von Energie aus Kunststoffabfall der aus Umwelt- oder Kostengründen nicht zur stofflichen Wiederverwertung geeignet ist. Es gibt aus Sicht der ITAD keine technischen, ökonomischen oder ökologischen Gründe, die Energierückgewinnung aus Kunststoffabfällen darüber hinaus zu begrenzen. Die thermische Abfallbehandlung ist im Zusammenhang mit stofflicher Verwertung ein effizienter Weg die Deponierung weiter einzuschränken. Steuern auf die thermische Behandlung hätten u.U. nur den Effekt des (illegalen) Exports von Kunststoffabfällen in Drittländer.

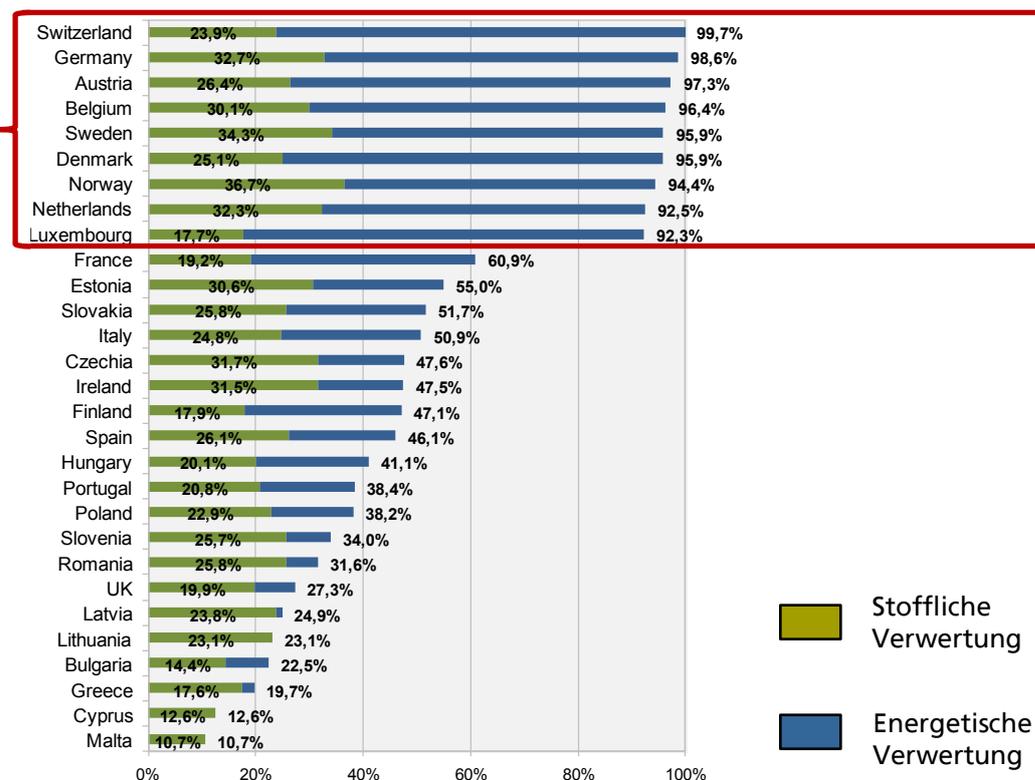


Abbildung 1 Quelle: Consultic

Dies wird auch deutlich in einer europäischen Übersicht zur Kunststoffabfallverwertung. So erzielen nur solche Länder eine Verwertungsquote von 90 bis annähernd 100 %, die ihre Kunststoffabfälle gleichermaßen werkstofflich als auch energetisch verwerten.

Diese 9 Länder verfügen über absolutes bzw. eingeschränktes Deponierungsverbot. 6 dieser Länder gehören gleichzeitig zu den Ländern mit den höchsten Recycling-Quoten.

Weiterhin ist anzumerken, dass bereits heute mehr als 3 Mio. Tonnen Kunststoffabfälle zu Recyclingzwecken in Länder außerhalb der EU (z.B. China) zu häufig niederschweligen Recyclingzwecken exportiert werden.

Eine weitere unbegrenzte Steigerung der Recyclingquoten, würde voraussichtlich diesen Mengen nochmals anwachsen lassen.

Die Verwertung von Kunststoffabfällen sollte mit anderen Maßnahmen gefördert werden, z.B. einem Deponierungsverbot in Verbindung mit Qualitätskriterien für das Recycling von Kunststoffabfällen. Eine Konkurrenzbeziehung zwischen qualitätsorientierter stofflicher und energetischer Verwertung besteht nicht. Kunststoffabfälle, die für eine stoffliche Verwertung nicht geeignet sind können dann zur Wiedergewinnung von Energie genutzt werden. Stoffliche und thermische Verwertung sind somit komplementäre Maßnahmen die Deponierung von Kunststoffabfällen zu vermeiden.

Hier sind insbesondere die Abfallströme mit relativ geringen Kunststoffanteilen in die Betrachtungen miteinzubeziehen. So befinden sich allein in Deutschland bspw. rund 850 kt Kunststoffabfälle in der Restmülltonne der privaten Haushalte gemeinsam mit mehr als 15 Mio. t sonstiger Abfälle. Für diese Fraktion ist die energetische Verwertung in der MVA unter Ökoeffizienzkriterien sicherlich der zu präferierende Weg. Zum einen wäre eine Aussortierung der Kunststoffabfälle ökonomisch kaum abbildbar. Zum anderen würde ein Großteil dieser Kunststoffabfälle in niederschweligen Anwendungen wie bspw. als Substitut für Holz- oder Betonprodukte eingesetzt werden. Diese Anwendungen sind unter ökobilanziellen Gesichtspunkten abzulehnen.

In diesem Kontext wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, bereits bei Produkt-Design und Werkstoffangaben eine Erkennbarkeit von verwertbaren bzw. nicht verwertbaren Kunststoffen zu berücksichtigen. Sortenreiner Kunststoffabfall ist für eine stoffliche und qualitätsorientierte Verwertung besser geeignet als komplexe Werkstoffzusammensetzungen.

Eine Verpflichtung zur getrennten Sammlung von Kunststoffabfällen allein stellt noch nicht die Lösung des Problems dar. Maßnahmen zur Förderung der getrennten Sammlung sollten die nach der Sammlung entstehenden weiteren Verfahrensschritte berücksichtigen. Die mit der Einführung von getrennten Einsammelsystemen verbundenen Kosten sollten in die Bewertung der Maßnahmen einbezogen werden.

Heutige Zielvorgaben an das Recycling von Kunststoffabfällen decken nicht das gesamte Spektrum der anfallenden Abfälle und Anwendungen ab. Aus Sicht der ITAD sollten sich die Zielvorgaben auf die Verwertung von Kunststoffen beziehen, dies im Einklang mit der Abfallrahmenrichtlinie (Art. 3 (15)).

Als Hauptziel steht die Vermeidung von Deponierung wie im Grünbuch dargestellt. Dabei sollte dem qualitativ hochwertigen Recycling zwar Priorität eingeräumt werden, dies jedoch unter dem Aspekt der technischen, wirtschaftlichen und Umweltschutz-bezogenen Machbarkeit. Für die verbleibenden Kunststoffabfälle sollte die effiziente Energierückgewinnung die Option darstellen. In diesem Kontext ist es erforderlich, dass die Kommission Kriterien für ein qualitativ hochwertiges Recycling von

Kunststoffabfällen entwickelt, analog zum R1-Kriterium für die energetische Verwertung in Verbrennungsanlagen für Siedlungsabfälle.

Die Recyclingziele des europäischen Abfallrechts könnten mit dazu führen, dass verwertbare Kunststoffabfälle in Drittländer exportiert und dort mit nur unzureichender Technik recycelt oder auf Deponien verbracht würden. Die Frage ist, ob Maßnahmen implementiert werden sollten dies zu verhindern. Die ITAD vertritt dazu die Ansicht, dass dies unbedingt erfolgen sollte. Die europäischen Bürger tragen in solchen Fällen zwar die finanzielle Last der getrennten Sammlung ohne jedoch die Sicherheit zu haben, dass dies dann auch zu einer globalen Verbesserung des Umweltschutzes führt.

Zusätzliche freiwillige Maßnahmen auf Hersteller- und Einzelhandelsebene könnten dazu beitragen, die Ressourcennutzung im Verlauf des Lebenszyklus von Kunststoffherzeugnissen zu verbessern. Die ITAD sieht dafür eine Notwendigkeit. Solche freiwilligen Maßnahmen sollten in allen Phasen von der Produktentwicklung bis zur Produktion greifen. In diesem Kontext sollte die Eco-Design Richtlinie geschärft und besser implementiert werden, um die Abfallminimierung und Wiederverwertbarkeit zu verbessern.

Ein weiterer Weg zur Reduzierung von Kunststoffabfällen besteht in der Einführung von Pfand- oder Rücknahmesystemen wie sie z.B. bei PET Getränkeflaschen bereits vorhanden sind. Die ITAD sieht auch für andere Kunststoffherzeugnisse darin einen Weg zur Abfallreduzierung. Solche Systeme sind bereits in verschiedenen Mitgliedsstaaten implementiert und werden von der Bevölkerung akzeptiert, z.B. in Schweden oder Deutschland. Hierbei ist jedoch darauf zu achten, einen Zielkonflikt im Sinne einer Konkurrenz zwischen Recycling und Wiederverwertung zu vermeiden.

Die Wiederverwertbarkeit von Kunststoffprodukten wird nicht zuletzt durch ihre chemische Zusammensetzung determiniert. Nach Ansicht der ITAD bietet sich hier ein Ansatzpunkt für Maßnahmen, z.B. dass die Eco-Design Richtlinie entsprechend angepasst wird oder der Einsatz von Weichmachern bzw. bromierten Flammschutzhemmern vermieden werden. Entsprechende Informationen über die chemische Zusammensetzung von Kunststoffherzeugnissen können mit REACH verfügbar gemacht werden.

Die Grundlagen für die Langlebigkeit und Wiederverwendbarkeit von Kunststoffherzeugnissen werden bereits in der Entwicklung des Produkts gelegt. Aus Sicht der ITAD ist ein besseres, umweltorientiertes Design von Produkten eine wichtige Maßnahme. Solche marktbasieren Instrumente in Verbindung mit dem Verantwortungsbewusstsein der Hersteller sind wesentliche Einflussgrößen gerade bei kurzlebigen und Einwegherzeugnissen.

Eine Möglichkeit der Reduzierung des Abfallaufkommens bei Kunststoffen könnte in der Verwendung von biologisch abbaubaren Kunststoffen oder biobasierten Kunststoffen bestehen, sofern diese ökologisch vorteilhaft sind. Diese Werkstoffe führen jedoch bei der Sortierung zu Problemen die bislang noch nicht gelöst sind.

Insbesondere Abfälle aus biologisch abbaubaren Kunststoffen bringen im Rahmen der Verwertung derzeit noch ungelöste Probleme mit sich. Der Marktanteil für diese Produkte liegt bei weit unter 0,5%. Aufgrund der geringen Menge ist – unabhängig von gewissen Problemen bei der technischen Realisierung – eine Separierung dieser Materialien im Rahmen der Sortierung von Verpackungen unter ökonomischen Gesichtspunkten noch nicht sinnvoll darstellbar. In der Praxis vermischen sich diese Stoffe daher mit anderen Kunststoffen und können durch unkontrollierte Zersetzungsprozesse deren Verwertungsoptionen einschränken z.B. in Verwendung für Agrarfolien.

Gleichzeitig zeigen biologisch abbaubare Kunststoffabfälle – die in Deutschland häufig über die Biotonne entsorgt werden - häufig nicht konsistente Abbaueigenschaften im Vergleich zum Biomüll. Dies führt dann zu Störungen bei der Verwertung von Bioabfällen

Ein besonderes Problem stellt die Verschmutzung der Meere durch Kunststoffabfälle dar. Dazu werden im Grünbuch einige Maßnahmen beschrieben. Weitere Maßnahmen könnten auf anderen Ebenen erfolgen. Aus Sicht der ITAD ist es die Aufgabe, die Meeresverschmutzung – insbesondere durch Kunststoffe - mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die ITAD unterstützt daher Informations- und Reinigungskampagnen auf EU Ebene ebenso wie die Bestrafung nicht sachgerechten Abfallmanagements.

Maßnahmen zur Abfallvermeidung oder –Reduzierung können sich nicht nur auf Deutschland respektive die Europäische Union beschränken. Die ITAD würde es daher begrüßen, wenn die Europäische Kommission mit entsprechenden fördernden Maßnahmen auch in den Nachbarregionen zur Verringerung der Problematik von Kunststoffabfällen beitragen würde. Darüber hinaus sollten erfolgreiche Maßnahmen im internationalen Maßstab propagiert und gefördert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Spohn